

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Toni Schuberl

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels

Abg. Ramona Storm

Abg. Konrad Baur

Abg. Michael Koller

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Sanne Kurz

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf.

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für ein NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg (Drs. 19/674)

Erster Redner ist Herr Kollege Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der NSU war kein singuläres Phänomen. Er ist ein Teil der bundesdeutschen Geschichte des Rechtsterrorismus. Er hatte Vorbilder, er hatte Traditionslinien, die er aufnahm, und er hat Nachahmer und Erben. Er ist Teil eines Netzwerks und Teil von Strukturen gewesen, aus denen er gewachsen ist und die es immer noch gibt. Das nur als Vorrede, um deutlich zu machen, warum wir dieses Thema immer weiter bearbeiten müssen und es keinen Schlussstrich geben darf.

Wir brauchen ein Dokumentationszentrum. Es soll nicht nur ein Dokumentationszentrum, sondern auch ein Erinnerungsort für die Angehörigen der Opfer sein. Es soll ein Veranstaltungsort sein, der ein Archiv und einen Ausstellungsraum enthält. Dort können wir die Strukturen und Netzwerke der angeblichen Einzelfälle herausarbeiten und die wissenschaftlichen Grundlagen dafür erarbeiten, um sie frühzeitig auszuheben und solche Taten in Zukunft zu verhindern.

Das Projekt eines Dokumentationszentrums ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung enthalten und wurde nun vorbereitet. Es gibt bereits eine sehr umfangreiche Machbarkeitsstudie. Darin sind 42 Stellen aufgeführt, die geschaffen werden sollen, und auch das zu errichtende Gebäude ist benannt. Das Geld, das dafür und für den Unterhalt notwendig ist, würde der Bund bereitstellen. Das Land muss hier nichts zahlen.

Nach der umfangreichen Vorarbeit befinden wir uns in der Phase der Standortsuche. Eigentlich sollte das Dokumentationszentrum in Ostdeutschland angesiedelt werden; aber die Angehörigen der Opfer waren dagegen. Nicht an den Orten der Täter, sondern an den Orten der Opfer sollte das Dokumentationszentrum angesiedelt werden. Die meisten Opfer gab es in Bayern. Die meisten Opfer in Bayern gab es in Nürnberg. Der erste Sprengstoffanschlag des NSU war in Nürnberg. Das heißt: Nürnberg ist ein idealer Standort.

Nürnberg hat Erfahrung in der Erinnerungsarbeit. Vor Ort ist ein NS-Dokumentationszentrum und das Memorium Nürnberger Prozesse angesiedelt. Nürnberg und seine Zivilgesellschaft waren bereits an der Machbarkeitsstudie beteiligt. Der Oberbürgermeister bat alle Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen seiner Region um Unterstützung. Der Bayerische Rundfunk zitiert den bayerischen Innenminister Joachim Hermann: "Jedenfalls begrüßen wir das Engagement, die weitere Aufarbeitung der schrecklichen NSU-Morde in Form eines Erinnerungsprojekts anzugehen." Und er sagt: "Wir werden die Stadt [Nürnberg] gerne bei der Bewerbung unterstützen."

Im Ausschuss gab es offensichtlich ein Missverständnis. Deshalb sind wir jetzt hier im Plenum, und ich möchte aufklären. Was der Bund von uns möchte, ist nicht, dass wir in Bayern ein Projekt anschieben. Das macht der Bund in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Stadt, die ausgewählt wird. Was der Bund will, ist ein starkes Zeichen der Geschlossenheit. Die Opferangehörigen, die zivilgesellschaftlichen Initiativen und in partiübergreifender Weise die Stadt Nürnberg sind in ihrer Unterstützung geeint. Nun fehlt noch das Signal des Bayerischen Landtags. Es geht nicht um die Frage Nürnberg oder München; denn München hat sich gar nicht darum beworben. Es geht darum, ob dieses Zentrum nach Bayern kommt oder nicht. Dafür müssen wir zusammenhalten.

Ich bitte Sie: Stimmen Sie zu. Holen wir uns dieses Leuchtturmprojekt, das durch den Bund finanziert wird. Unterstützen wir Nürnberg bei seiner Bewerbung. Es wird unserem Land gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schuberl.
– Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Atzinger von der AfD-Fraktion.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Kollege Schuberl, wäre es nicht sinnvoller, mit dem Bau eines NSU-Dokumentationszentrums zu warten, bis die Wahrheit über die NSU-Morde offenliegt?

Toni Schuberl (GRÜNE): Schön, dass Sie dieses Thema hier anbringen. Im Ausschuss haben Sie ja schon Ihre Verschwörungsmythen verbreitet: Die Berichte zu den Anschlägen am 11. September 2001 stimmten nicht, und die Berichte zu den Morden des NSU stimmten nicht. Die Mörder Böhnhardt und Mundlos hätten keinen Selbstmord begangen. Dabei würden böse Kreise im Hintergrund agieren. Das ist typisch für Sie. Sie sagen ja auch, wir sind noch abhängig von einer Besatzungsmacht und Deutschland habe keine Souveränität. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass Sie mit Ihren derart wirren Verschwörungsmythen im Kopf hier im Landtag sitzen, das macht mir Angst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Kollege Kristan Freiherr von Waldenfels für die CSU-Fraktion.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Şimşek, Özüdoğru, Taşköprü, Kilic, Turgut, Yaşar, Boulgarides, Kubaşık, Yozgat, Kiesewetter – das sind die Namen der Opfer der menschenverachtenden und heimtückischen Morde des NSU-Komplexes. Allen meinen Ausführungen möchte ich die Verurteilung dieser Morde vorwegschicken, aber auch den Angehörigen, die mit diesem NSU-Komplex, genauso wie wir jetzt heute, umgehen müssen –

sie sind aber in ihrem Leben noch weitaus mehr damit beschäftigt –, das Mitgefühl aussprechen. Ihnen gilt als Allererstes unser Gedenken.

Meine Damen und Herren, gerade auch vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund dieses Antrags, Herr Schuberl, müssen wir zunächst festhalten: Tatorte gibt es nicht nur in Nürnberg, sondern auch in Hamburg, München, Rostock, Dortmund, Kassel und Heilbronn. Außerdem sind die Prozesse noch nicht endgültig abgeschlossen. Nach wie vor wird prozessiert. Der Bund – und das haben Sie in diesem Zusammenhang und gerade aufgrund des bundesländerübergreifenden Tatzusammenhangs angesprochen – ist zuständig und hat auch in seinem Koalitionsvertrag verankert, dass es an manchen Stellen Erinnerungsorte gibt.

Und Nürnberg, da obliegt womöglich nicht uns hier im Bayerischen Landtag die abschließende Beurteilung, dass das der richtige Standort ist. Auch hier wird diskutiert, inwiefern ein NSU-Dokumentationszentrum in welchem Zusammenhang – ob positiv oder negativ – zu dem NS-Dokumentationszentrum steht. Fakt ist: Hier zu entscheiden, ist schlicht nicht unsere Zuständigkeit, selbst wenn die finanziellen Mittel auch nicht von uns kommen sollten. Unsere Zuständigkeit besteht darin, darauf zu achten, dass derartige Tatzusammenhänge und solche Morde nie wieder passieren. Wir nehmen diese Aufgabe ernst.

Sehr geehrter Herr Innenminister, wir haben in der vorvergangenen Woche die entsprechenden Haushaltsmittel – weiterhin mit einer Stärkung der Justiz, auch mit einer Stärkung unserer Polizei, der inneren Sicherheit – auf den Weg gebracht. Das ist die Aufgabe, die wir ernst nehmen und der wir, wie ich meine, auch in besonderer Weise im Freistaat Bayern – die Zahlen zeigen es – gerecht werden; aber in diesem Zusammenhang eines NSU-Dokumentationszentrums obliegt uns heute gerade vor dem Hintergrund der laufenden Prozesse nicht die Verantwortung und die Zuständigkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Lieber Kollege, es ist ein Projekt des Bundes. Deswegen war Bayern bisher auch nicht damit befasst. Bayern ist jetzt damit befasst, wo es um den Standort geht – nicht, damit wir als Zuständige irgendetwas tun, sondern es steht im Raum, es könnte Nürnberg werden. Die Stadt Nürnberg möchte es haben. Der Oberbürgermeister schreibt alle an und bittet um Unterstützung. Der Innenminister sagt, er möchte Nürnberg dabei unterstützen. Wir stellen den Antrag, der Landtag unterstützt Nürnberg bei der Bewerbung, damit wir ein gemeinsames Signal senden. Jetzt können wir lang reden: Na ja, wir sind irgendwie nicht zuständig, und irgendwie haben sie uns vorher auch nicht gefragt. Dann soll der Bund das doch machen. Der Bund macht das. Er fragt uns: Wo in Deutschland sollen wir es machen? – Sie geben aus Bayern ein zögerliches Signal, und die 42 Stellen und das Dokumentationszentrum wandern halt woanders hin. Das kann nicht unser Ziel sein. Unterstützen wir doch das, was der Innenminister gesagt hat. Stimmen wir gemeinsam zu und senden ein Signal. Das kostet uns nichts und ist nicht verbindlich.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Erstens. Wenn der Bund das tatsächlich – wie Sie sagen, Herr Kollege – macht, bräuchten wir nicht zu entscheiden. Dass der Bund tatsächlich auch in aller Konsequenz etwas macht, wäre allerdings dann zumindest hier auch eine gewisse Neuigkeit.

Zweitens. Wenn der Zusammenhang und auch die Bewertung der Experten diese Entscheidung für Nürnberg ergibt, braucht es auch keine weitere Entscheidung des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Freiherr von Waldenfels. – Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Storm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ramona Storm (AfD): Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Der NSU hat in sieben Jahren zehn Menschen ermordet. Neun von ihnen waren Migranten. Diesen Verbrechen soll jetzt ein Dokumentationszentrum gewidmet werden. Auch wir verurteilen jegliche Art von Gewalt.

(Beifall bei der AfD)

Nun drängt sich aber automatisch die Frage auf: Was ist denn mit all den anderen Verbrechen? – Beim islamischen Attentat auf dem Breitscheidplatz in Berlin starben 12 Personen an einem Tag. Mindestens 67 wurden zum Teil schwer verletzt, viele mit bleibenden Behinderungen. Bekommen die Opfer dieses Anschlags auch ein Dokumentationszentrum? Und was ist mit den Tausenden Leidtragenden der illegalen Masseneinwanderung kulturfremder Männer, die unsere Werte ablehnen, den Opfern von sexuellem Missbrauch und Massenvergewaltigung, von Raubüberfällen, bestialischen Morden und Messerangriffen, von denen es inzwischen mindestens schon 24 am Tag gibt? Würde ihnen nicht auch ein Dokumentationszentrum zustehen? – Tatsächlich haben Sie für diese Opfer des islamischen Terrors meist nur Ignoranz und Verachtung übrig;

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das ist ein islamistischer Terror, kein islamischer! Unterscheiden Sie endlich!)

denn es sind die falschen Opfer und die falschen Täter.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

In Ihren Augen zählen nur Geschädigte, wenn es Migranten, und Täter, wenn es die Deutschen sind, und dann auch nur, wenn man sie in die sogenannte rechte Ecke schieben kann. Mit linksextremem Terror haben Sie kein Problem.

(Beifall bei der AfD)

Das ist an Menschenverachtung und Heuchelei nicht zu überbieten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Schämen Sie sich!)

Ich komme zurück zum NSU. Was genau soll denn eigentlich in diesem Zentrum dokumentiert werden? – Die Akten sind noch für zwanzig Jahre unter Verschluss. Das sollte eigentlich alle Alarmglocken läuten lassen; denn dass hier etwas vertuscht werden soll, liegt wohl klar auf der Hand. Es gibt unzählige offene Fragen, die auch in fünf Jahren Prozess, der über 30 Millionen Euro gekostet hat, nicht aufgeklärt werden konnten. Wie war denn das mit dem Verfassungsschutz-Mitarbeiter, der im Internetcafé eines der Opfer war und der angeblich den Toten hinter dem Tresen nicht gesehen hat? – Der Mann war 1,90 Meter groß.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Graupner hatte Zugriff auf alle Akten, auch die geheimen! – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) – Toni Schuberl (GRÜNE): Er hat nie hineingesehen! – Unruhe)

Glaubwürdig ist das nicht. Was ist mit hundert geschredderten Akten, für die es keinerlei strafrechtliche – –

(Anhaltende Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Könnt ihr mal aufhören? – Wir sind hier nicht im Stadion zwischen West- und Ostkurve, sondern Frau Storm hat das Wort.

Ramona Storm (AfD): Was ist mit den hundert geschredderten Akten, für die es keinerlei strafrechtliche Konsequenzen gibt? – Ein funktionierender Rechtsstaat sieht jedenfalls anders aus. Was soll also dokumentiert werden? – Offenbar dient so ein

NSU-Zentrum vor allem dem immerwährenden Schuldskult, für den man ständig neues Futter braucht und den zu bedienen eine Kernkompetenz des links-grünen Bundes ist. Wesentlich wichtiger wäre ein Recherchezentrum zu den Verbrechen der Regierung am deutschen Volk mit tatkräftiger Unterstützung der Medien: Corona-Terror, Klimalüge, Zerstörung von Wirtschaft und Infrastruktur,

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wahnsinn!)

Steuergeldverschwendung in Milliardenhöhe, Stichwort betrügerische CO₂-Zertifikate.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch krankhaft!)

Der verlassene Hühnerstall in China kostet 80 Millionen Euro in Form von CO₂-Zertifikaten. Das ist inzwischen schon weltbekannt. Nicht zu vergessen sind die bereits erwähnte Masseneinwanderung mit all ihren tödlichen Folgen,

(Petra Högl (CSU): Das ist doch klar, dass die immer kommt!)

die uns jährlich rund 50 Milliarden Euro kostet, die Beteiligung am Ukraine-Krieg durch Waffenlieferungen und die EU, die wir zum größten Teil finanzieren und die uns dann auch noch auf der Nase herumtanzt.

(Widerspruch der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch mal kurz an die Target2-Salden in Höhe von 1,1 Billionen Euro. Das sind Forderungen, die Deutschland aufgrund des Exportüberschusses an andere Eurostaaten hat. Das Geld werden wir aber wahrscheinlich nie einfordern können.

Die Prozesse, die dieser Aufarbeitung zwingend folgen müssen, werden dann passenderweise in Nürnberg stattfinden. Sollten wir eine Dokumentationsstätte brauchen, dann eine für alle Gewaltopfer

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

inklusive der Opfer der Regierung.

Ihr Antrag ist selbstverständlich abzulehnen. Sie vertreten eine bürgerfeindliche Ideologie, verpackt in einer Scheindemokratie. Wir, die AfD, vertreten die Menschen in unserem Land,

(Zurufe der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD) und Katharina Schulze (GRÜNE))

unsere Wähler und auch die, die uns nicht gewählt haben.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Konrad Baur, CSU-Fraktion, vor.

Konrad Baur (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin Storm, auch für eine Kollegin, die mit ihrer Weltanschauung und vor allem ihrer Anschauung auf die Welt öfters für Schlagzeilen sorgt, ist Ihre Rede schon bemerkenswert. Ich stelle Ihnen am Schluss eigentlich nur eine einzige Frage. Sie haben versucht, irgendwelche völlig kruden und aus Ihrer Sicht kreativen Relativierungsversuche von Mordopfern anzustellen. Ich will nur noch einmal betonen, hier geht es um Morde und um nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch vor dem konkreten Hintergrund einer Tribüne voller Besucher, die dies hoffentlich heute alle genau so mitbekommen und gut aufgepasst haben, stelle ich Ihnen nur eine einzige Frage: Schämen Sie sich nicht?

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ramona Storm (AfD): Nein, warum? Uns geht es um alle Opfer und nicht nur um die Opfer des NSU. Sie können schlecht ein Dokumentationszentrum planen, wenn Sie

noch nicht einmal die Fakten haben, die ja noch zwanzig Jahre unter Verschluss sind. Dann stellt sich die Frage, warum.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Michael Koller für die FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Michael Koller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Zweifellos handelt es sich bei den Taten des NSU um eines der dunkelsten Kapitel unserer jüngeren Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland. Wir alle waren damals schockiert, beschämt und betroffen, und ich bin mir sicher, dass das zumindest der Großteil hier im Hohen Haus auch heute noch ist. Der Rechtsextremismus und der Rechtsterrorismus sind damals sichtbar in unserer Gesellschaft aufgetreten, und der Rechtsextremismus ist leider geblieben. Ich möchte unzweifelhaft und unmissverständlich klarstellen, dass wir als Fraktion der FREIEN WÄHLER uns klar gegen diese Taten positionieren und dass wir diese verabscheuen und verurteilen. Solche Täter müssen mit aller Härte verfolgt und bestraft werden. Wir denken aber vor allem auch an die Angehörigen, die so viel Leid erfahren haben. Ihnen gilt heute wie damals unsere aufrichtige Anteilnahme.

Aus den Taten ist aber auch eine konkrete Aufgabe für alle Menschen in unserem Land entstanden. Wir sollten uns aktiv gegen Extremismus einsetzen und vor allem gegen den immer stärker werdenden Rechtsextremismus vorgehen. Hier im Parlament müssen wir Initiativen für Prävention und Aufklärung stärken, damit dieser Gefahr von rechts Einhalt geboten wird. Gerade als neuer Abgeordneter wünsche ich mir hier oft mehr Miteinander sowie einen gepflegten und sachlichen Umgangston.

Wir werden dem Antrag aber nicht zustimmen. Der geschätzte Kollege Kristan Freiherr von Waldenfels hat es im Ausschuss für Bildung und Kultus und, glaube ich, auch heute gut dargestellt: Wir sind überhaupt nicht gegen eine Gedenkstätte oder ein

NSU-Dokumentationszentrum, aber als Abgeordnete tragen wir die Verantwortung für ganz Bayern. Es steht uns nicht zu, eine Vorfestlegung zu treffen, die ohnehin nicht von Belang ist.

In unserem Freistaat gibt es neben Nürnberg nun einmal auch München als möglichen Standort für das NSU-Dokumentationszentrum. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in der Machbarkeitsstudie mehrere Standorte vorgeschlagen. Neben den bayerischen Standorten München und Nürnberg sind auch Köln und Berlin im Gespräch. Zuständig für die Entscheidung ist die Bundesregierung und nicht der Bayerische Landtag. Die Betroffenen des NSU-Komplexes wünschen sich einen Standort in der Nähe ihrer Heimatorte. Demnach haben sich in diesen Städten bereits unterstützende Strukturen gebildet, und es finden Veranstaltungen statt, die das Gedenken an die Opfer lebendig halten. Die Bundeszentrale hat aber auch sehr gut herausgearbeitet, dass sie einen zentralen Standort anstatt vieler zersplitterter Gedenkstätten präferiert. Entscheidend sind unter anderem die Erreichbarkeit und die Vernetzbarkeit vor Ort.

Das Ziel sollte ein zentraler Standort des Dokumentationszentrums im Verbund der regionalen Netzwerke bzw. Zentren des Erinnerns, des Versammelns und des Vernetzens sein. Aus eigener Erfahrung – ich komme aus Berchtesgaden – kann ich bestätigen, dass dies wunderbar gelingen kann. Eine Vorfestlegung oder Präferenz durch den Bayerischen Landtag würde die objektive Suche nach dem bestmöglichen Standort womöglich beeinflussen und so dem Ganzen eine politische Dimension verleihen. Ich bin der Auffassung, dass dieses Hohe Haus die fachliche Festlegung der Bundeszentrale unterstützen sollte. Die Bundesregierung soll sich nicht aus der Verantwortung nehmen, und sie soll vor allem unvoreingenommen entscheiden können. Der Standort, der letztendlich ausgewählt wird, wird mit Sicherheit von den beiden Regierungsfractionen hier im Bayerischen Landtag unterstützt werden.

Ich sage vielen Dank für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir baldmöglichst einen guten Standort für das Zentrum für die Opfer hier in Bayern oder in Deutschland festlegen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Koller. – Jetzt hat Herr Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich im Koalitionsvertrag der Bundesregierung gelesen habe, dass es ein NSU-Dokumentationszentrum geben soll, war ich tatsächlich sehr angetan von der Idee. Nachdem es eine Machbarkeitsstudie gab, habe ich am 1. März der Bundesinnenministerin Nancy Faeser für die SPD-Fraktion einen Brief geschrieben, dass wir es sehr gerne sähen, dass dieses NSU-Dokumentationszentrum möglichst nach Nürnberg kommt, nicht weil ich Nürnberger Abgeordneter bin und in der letzten Legislaturperiode Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses war, sondern weil Nürnberg und die Nürnbergerinnen und Nürnberger besonders unter dem Terror des NSU gelitten haben.

In Nürnberg war, als 2000 Enver Şimşek, 2001 Abdurrahim Özüdoğru und 2005 İsmail Yaşar ermordet wurden, in den Medien zu lesen, dies seien die sogenannten Döner-Morde. Auch wurde eine "Soko Bosphorus" eingerichtet. Im Nachhinein hat das alle Nürnbergerinnen und Nürnberger ziemlich getroffen. Wir müssen aber auch ehrlich sein und feststellen, dass wir in der Community in Nürnberg über dieses Thema seinerzeit auch diskutiert haben. Am Vorabend des Mordes an İsmail Yaşar war ich bei ihm in der Imbissbude in der Scharrerstraße und habe mit ihm einen türkischen Tee, einen Çay, getrunken. Als ich am nächsten Tag dort vorbeigefahren bin, war die Spurensicherung im Einsatz. Wir Nürnbergerinnen und Nürnberger, vor allem in der Community, haben uns auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, von den Medien, den "Döner-Morden" usw. verleiten lassen und uns auch immer die Frage gestellt, ob

es sein kann, dass Enver Şimşek als Blumenhändler tatsächlich Kontakt zur Drogenmafia in den Niederlanden hat.

Im Nachhinein müssen wir uns fragen, wie wir so denken konnten. Das heißt, wir Nürnbergerinnen und Nürnberger haben auch ein ziemlich schlechtes Gewissen, was das angeht. Wir hätten damals entschieden auftreten und sagen müssen: Nein, das kann nicht sein, dass der Terror aus dem Milieu kommt. Das sind rechtsextreme Terroristen! Das haben wir aber nicht getan. Aus diesem Grund wäre es, glaube ich, auch sehr angemessen, wenn ein NSU-Dokumentationszentrum nach Nürnberg zu den Nürnbergerinnen und Nürnbergern käme, die besonders unter dem Terror des "Nationalsozialistischen Untergrunds" gelitten haben, die möglicherweise aber auch innerlich zugelassen haben, dass es in die Richtung geht, dass Mordopfer und deren Familien zu Unrecht beschuldigt wurden.

Deshalb begrüßen und unterstützen wir den Antrag der GRÜNEN vom 13. März. Es geht hier nur darum, dass wir unseren Willen kundtun. Nachdem der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg uns Abgeordnete am 20. März angeschrieben hat und nachdem er dieses NSU-Dokumentationszentrum nach Nürnberg holen möchte, wäre es heute nur eine Willensbekundung, dass wir hinter dem Oberbürgermeister von Nürnberg und hinter den Nürnbergerinnen und Nürnbergern stehen und Nürnberg als Ort für das NSU-Dokumentationszentrum unterstützen. Mehr ist es nicht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sanne Kurz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sanne Kurz (GRÜNE): Lieber Kollege Arif Taşdelen, vielen Dank für die auch persönlichen Hintergründe über die Zeit und darüber, wie man sich da als Nürnberger fühlt. Wir sitzen jetzt hier im Landtag und diskutieren die Causa nicht zum ersten Mal.

Während wir hier über diese schrecklichen Morde, die jahrelang in unserem Land getobt haben, sprechen, lachen drüben Herr Atzinger und Frau Storm. Ich frage Sie, lieber Arif Taşdelen, wie Sie sich fühlen, wenn, während Sie über die Morde, über die Zeit, über die Aufklärung reden, drüben bei der AfD Frau Storm und Herr Atzinger sitzen und lachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Arif Taşdelen (SPD): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Kurz, für die Frage. Es tut einfach nur weh.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Nun hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann für die Staatsregierung das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen dem 9. September 2000 und dem 25. April 2007 wurden in Nürnberg, München, Hamburg, Rostock, Dortmund, Kassel und Heidelberg insgesamt neun Mitbürgerinnen und Mitbürger türkischer und griechischer Herkunft und eine junge deutsche Polizeibeamtin getötet. Schon 1999 gab es den ersten Sprengstoffanschlag in Nürnberg. Den Familien und Angehörigen der Opfer gilt auch heute noch unser tiefstes Mitgefühl. Die Menschen wurden Opfer einer in ihrer Brutalität und Radikalität unvorstellbaren Mordserie, verübt durch die rechtsterroristische Vereinigung "Nationalsozialistischer Untergrund". Wir alle sind auch heute noch tief betroffen von diesen menschenverachtenden Taten des NSU. Dass es den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden trotz größter Anstrengungen lange Zeit nicht gelungen ist, die Rechtsterroristen zu stoppen, bewegt mich und – so denke ich – die meisten von uns nach wie vor zutiefst.

Fünf der neun NSU-Morde sind in Bayern verübt worden – drei in Nürnberg und zwei in München. Der Antrag im Landtag zielt nun darauf ab, dass wir die Stadt Nürnberg

als zentralen Standort für ein Dokuzentrum benennen. Ich will ausdrücklich hier noch einmal unterstreichen, dass ich es selbstverständlich begrüßen würde, wenn sich der Bund für diesen Standort entscheiden würde. Aber ich will ausdrücklich auch noch einmal sagen, dass es nicht sinnvoll ist, dazu jetzt einen öffentlichen Standortwettbewerb wie bei den Olympischen Spielen oder dergleichen auszutragen.

Herr Kollege Schuberl, Sie haben gesagt, dass der Bund uns fragt, wo es sein soll. – So ist es halt nun nicht ganz. Die Studie wurde durch das BMI bei der Bundeszentrale für politische Bildung beauftragt. Das BMI hat ausdrücklich erklärt, dass es sich innerhalb der Bundesregierung und gegenüber den Abgeordneten des Deutschen Bundestages dafür einsetzen wird, das Dokuzentrum möglichst schnell umzusetzen. Gleichzeitig soll ein Ort der politischen Bildung und des Erinnerns und Gedenkens an die Mordopfer geschaffen werden.

Die Studie sieht hierfür einen zentralen Standort und weitere dezentrale Orte vor. Das ist aber, wohlgemerkt, alles nur eine Studie der Bundeszentrale für politische Bildung, die auch auf Bundesebene noch durch keinerlei Beschluss, weder durch den Bundestag noch durch die Bundesregierung, gefestigt ist. In dieser Studie wird insbesondere von Berlin, Köln, München und Nürnberg gesprochen, wobei die Studie vor allen Dingen den Faktoren Erreichbarkeit und Vernetzbarkeit vor Ort eine wichtige Rolle zuweist.

Ja, wohlgemerkt, das ist alles okay, bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Realität ist aber, dass nach unserer Kenntnis jedenfalls nicht beide bayerischen Städte irgendwie vorher gefragt worden sind, und die Länder sind schon gar nicht gefragt worden sind. Wir haben das alles den Medien entnommen. Ich will das überhaupt nicht kritisieren, aber ich will das nur von den Abläufen her schildern. Auch der Oberbürgermeister von Nürnberg hat den Zeitungsberichten entnommen, was die Bundeszentrale für politische Bildung plant. Daraufhin hat sich die Stadt Nürnberg entsprechend geäußert. Die Stadt München hat erklärt – jedenfalls habe ich die bisherigen Äußerungen so verstanden –, dass sie natürlich nichts dagegen hätte, wenn man sich für München ent-

scheiden würde. Nürnberg ist aktiver; das ist richtig dargestellt. Aber ich bitte schon um Verständnis in dieser Situation.

Berlin, wohlgemerkt, hatte mit dem ganzen NSU weder seitens der Täter, die ja aus Thüringen kamen, noch seitens der Opfer irgendetwas zu tun. Dort würde es ausschließlich darum gehen, im Hinblick auf – so ist der Inhalt der Studie – die politische Bildung der Öffentlichkeit und die Wahrnehmung in den Medien einen Akzent zu setzen. Das kann man alles auch so vertreten und für richtig halten. Es ist ein Projekt des Bundes.

Ausdrücklich will ich noch einmal sagen: Ja, wir würden es natürlich ausdrücklich begrüßen, wenn sich der Bund vor dem geschilderten Hintergrund für Nürnberg entscheiden würde, und ich freue mich, dass in Nürnberg so ein breites Einvernehmen darüber besteht. Aber wenn der Bund aus anderen Erwägungen heraus sagt, er will es hier in der Großstadt München machen, dann gäbe es aus meiner Sicht keinen Grund, dass wir uns dagegen wehren und sagen würden, wir hielten es für falsch, dass es in München umgesetzt wird. Ich denke, die Mehrheit in diesem Hohen Haus sieht das ebenso. Wenn man sich in Berlin aus anderen Gründen für München entscheidet, dann begrüßen wir das selbstverständlich auch. Das ist die Situation.

Ab morgen Nachmittag haben wir wieder Innenministerkonferenz in Potsdam. Ich werde die Gelegenheit nutzen, auch mit der Bundesinnenministerin darüber zu sprechen, wie denn jetzt die Zeitachse ist. Ich habe schon einmal mit ihr darüber gesprochen, wie die weiteren Planungen sind und wann der Bund zu einer Entscheidung kommen will. Ich denke, es ist gut, wenn wir aus Bayern ein klares Signal senden, dass wir das vom Prinzip her für absolut richtig halten und dass wir beide Standorte, die offensichtlich im Gespräch sind, für geeignet halten, und wir registrieren hier auch positiv, dass sich die Stadt Nürnberg besonders intensiv darum bemüht.

Ich glaube, gerade auch bei dem, was Sie noch einmal alles gesagt haben, Herr Kollege Taşdelen, ist das absolut nachvollziehbar. Wir wollen das jedenfalls bestmöglich

weiter begleiten. Ich halte es für absolut richtig, dass wir dies alles dokumentieren, auch mit den Themen, die Sie angesprochen haben, Herr Kollege Taşdelen; denn es bleibt natürlich auch ein Defizit, dass es so lange unerkannt blieb. Dafür gibt es alle möglichen Gründe. Darüber haben wir hier monatelang in Untersuchungsausschüssen usw. geredet. Trotzdem ist es im Ergebnis extrem unbefriedigend gewesen, dass man den eigentlichen Grund, die Täter usw. so lange nicht erkannt hat.

Ich habe mir erlaubt, in die Diskussion, völlig unabhängig davon, auch einzuführen, dass es nach wie vor schon wichtig ist, dass wir auch anderer Opfer gedenken. Deshalb sind wir mit dem Bund auch im Gespräch über einen Erinnerungsort am Fliegerhorst Fürstenfeldbruck. Wir haben die Diskussion noch einmal forciert nach dem Erinnern an den 50. Jahrestag des schrecklichen Attentats bei den Olympischen Spielen vor einem Jahr – jetzt sind es bald schon wieder zwei Jahre –, dass wir auch dort einen würdigen Ort – das muss kein riesiges Dokuzentrum sein – haben, wo die Menschen ums Leben gekommen sind, und dass wir daran erinnern. In Fürstenfeldbruck sind ja die meisten ums Leben gekommen, die israelischen Sportler vor allen Dingen und ein Münchner Polizeibeamter.

Ich halte es angesichts einer ebenfalls jahrelangen Mordserie auch nicht für verkehrt, dass wir in ganz Deutschland – da geht es gar nicht vorrangig um Bayern – einen geeigneten Ort zur Erinnerung an die Dutzenden von RAF-Opfern suchen; denn bis heute gibt es keinen wirklich nationalen Gedenkort bezüglich der jahrelangen Mordserie der RAF in unserem Land und ihrer Opfer.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das waren nicht nur Großkopferte und Politiker, sondern auch viele Polizeibeamte, Fahrer und andere. Auch ihrer sollte gedacht und an sie sollte erinnert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn wir uns in dieser Weise gemeinsam diesem Thema widmen, bin ich zuversichtlich, dass wir zusammen mit dem Bund möglichst bald zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen. Ich glaube, dieses einvernehmliche Ergebnis sollte im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Minister, ich bin nun doch schon einige Jahre in der Politik aktiv. Eine Sache wird einem relativ schnell klar, und die zieht sich über Jahre hinweg durch: Sobald es um eine Standortfrage geht, spreizen sich alle ein, egal ob zuständig oder nicht. Jedes Gremium, sei es ein Gemeinderat, ein Kreistag, ein Bezirkstag, ein Landtag oder eine Landesgruppe im Bundestag, alle spreizen sich ein, um das jeweilige Projekt, sei es eine Straße oder irgendeine Institution, an den Standort zu bekommen, an dem man es haben will. Während meiner gesamten politischen Laufbahn gab es noch nie die Frage: Sind wir zuständig? Es gab immer klare Signale, weil man weiß, dass nur diejenigen es auch bekommen, die geschlossen reagieren und klar sagen: Ja, wir wollen das bei uns. – Jetzt ist das erste Mal, dass ich höre: Vielleicht sind wir dafür gar nicht zuständig, das zu entscheiden, und vielleicht muss der Bund das entscheiden; er wird schon gute Gründe dafür haben, wenn er es woanders hintut. – Sie müssen mir erklären, warum das hier anders ist, wie Sie zu Ihrer Aussage stehen, dass Sie Nürnberg unterstützen, und was Sie im Bund tun wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Lieber Herr Schuberl, drehen Sie mir bitte nicht die Worte im Mund herum. Ich habe mich sehr bemüht, das möglichst einvernehmlich darzustellen. Der Bund hat das so in die Welt gesetzt. Herr Kollege Schuberl, ich respektiere das. Es gibt unterschiedliche Ansätze, mit welcher Zielsetzung und an welchem Ort man eine solche Erinnerungsstätte schaffen

will. Das kann zum Beispiel der Tatort sein. Ich habe das gerade am Beispiel Fürstentfeldbruck deutlich gemacht. Es kann aber auch ein völlig anderes politisches Kriterium geben, wie das zum Beispiel bei der Holocaust-Erinnerungsstätte in Berlin geschehen ist. Die Verbrechen sind nicht dort zentral verübt worden, sondern man hat bewusst festgelegt, dass diese Erinnerungsstätte mitten in der deutschen Hauptstadt installiert werden sollte, um an die größten Verbrechen der deutschen Geschichte zu erinnern. Das ist auch ein zulässiges Argument, das so zu machen, und zwar unabhängig von Tätern, Opfern oder dergleichen.

Lieber Herr Schuberl, Entschuldigung, ich stelle mich hier nicht hin und sage: Ich weiß das besser und erkläre dem Bund, wie er das zu machen hat. Sie wären die Ersten, die das kritisieren würden. Ich habe versucht,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

das rüberzubringen. Wir werden mit dem Bund einen guten Dialog führen. Das ist ein Projekt des Bundes; er wird sich das auch nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir werden klar sagen: Wir fänden es gut, wenn diese Erinnerungsstätte in Bayern geschaffen würde. Es ist offenkundig, dass sich ganz besonders Nürnberg intensiv darum bewirbt. Das ist ein klarer Standpunkt. Wir sollten nicht unnötig mehr Streit hineinbringen, als eigentlich vorhanden ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. – Gegenstimmen! – Das sind die Fraktio-

nen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. – Stimmenthaltungen? – Keine.
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich bedanke mich für die konzentrierte Beratung und auch für die zum Nachdenken anregende und empathische Debatte insbesondere zum letzten Tagesordnung. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:04 Uhr)